

FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG
VOLKSWIRTSCHAFTLICHES INSTITUT



Grundzüge der Finanzwissenschaft

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft
Professor Dr. Berthold U. Wigger

Literaturempfehlung



1. Motivation

1.1. Was ist Finanzwissenschaft?

Definition:

Finanzwissenschaft ist die Lehre von der Ökonomie des öffentlichen Sektors oder die Analyse der Staatstätigkeit

Wir unterteilen die Analyse in vier Teile:

- I. normative Analyse
- II. positive Analyse
- III. öffentliche Einnahmen
- IV. Wohlfahrtsstaat

b) Geschichte der Finanzwissenschaft

- i) Kameralismus in Deutschland im 17. + 18. Jahrhundert:
Sicherstellung der fürstlichen Staatsfinanzen
(camera = Kammer = fürstliche Schatzkammer)
wissenschaftliches Augenmerk galt den öffentlichen Einnahmen
Annahme: Regierung und öffentliche Verwaltung sind dem Gemeinwohl verpflichtet und dürfen dafür von den Untertanen Gehorsam erwarten

- ii) Klassiker: Dem Gemeinwohl ist am besten durch das freie Spiel der Kräfte gedient
Adam Smith (1776): Staatliche Aufgaben beschränken sich auf die Gewährung der inneren und äußeren Sicherheit sowie die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen und Verkehrswegen

David Ricardo (1817): „the very best of all plans of finance is to spend little. Bei Ricardo findet sich aber auch die erste systematische Theorie der Steuerlastverteilung.

- iii) Neoklassiker (19 Jht.): Wie die Klassiker sahen sie nur eine geringe Rolle für den Staat. Für die Finanzwissenschaft wichtig, weil hier Entwicklung von individuellen Optimalkalkülen
- iv) Kurt Wicksell (1896): Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben und gesellschaftlichen Entscheidungsregeln

- v) Lindahl (1919) und Pigou (1928): Entwicklung der Theorie der öffentlichen Güter und der externen Effekte
 - Coase (1960)
 - Samuelson (1954)

- vi) Keynes (1936): Stabilisierungsaufgabe des Staates

- vii) Musgrave(1959): Untersuchungsgebiete der Finanzwissenschaft eingeteilt in
 - Allokation
 - Distribution
 - Stabilisierung

viii) Informationsökonomik in den 1970er Jahren

Theorie der optimalen Besteuerung

soziale Sicherung

ix) Heutige Finanzwissenschaft: befasst sich mit Allokation und Distribution, Stabilisierung ist Gegenstand der Makroökonomik

Arbeitsteilung

Paradigmenwechsel

Gliederung

1. Motivation

Teil I: Normative Theorie der Staatstätigkeit

2. Der wohlfahrtsökonomische Ansatz

2.2. Pareto-Effizienz

2.1. Konkurrenzgleichgewicht

2.3. Hauptsätze der Wohlfahrtsökonomik

2.4. Marktversagen

3. Öffentliche Güter

3.1. Was ist ein öffentliches Gut?

3.2. Optimale Bereitstellung

3.3. Private Bereitstellung

4. Externe Effekte

4.1. Was ist ein externer Effekt?

4.2. Internalisierung externer Effekte

5. Unvollständige Information

5.1. Private Informationen

5.2. Adverse Selektion

5.3. Moral Hazard

5.4. Die Rolle des Staates

6. Natürliche Monopole

Teil II: Positive Theorie der Staatstätigkeit

7. Public Choice

7.1. Direkte Demokratie

7.2. Indirekte Demokratie

8. Staatsversagen

- 8.1. Agenturprobleme
- 8.2. Monopolbürokratie
- 8.3. Rentenstreben

Teil III: Öffentliche Einnahmen

9. Besteuerung

- 9.1. Lasten der Besteuerung
- 9.2. Besteuerung und Effizienz
- 9.3. Optimale Besteuerung

Teil IV: Der Wohlfahrtsstaat

13. Bildung

- 13.1. Grundlagen der Bildungsökonomie
- 13.2. Öffentliche versus private
Bildungsfinanzierung

1.2. Die ökonomische Rolle des Staates

Morgens aufstehen...

Durch Radiowecker geweckt → öffentliche oder private Sender
→ Rundfunkgebühren

Duschen → Wasser (Qualität) staatlich

Strom, früher staatlich, jetzt auch privat

Benutzung der Straße, von Bus, Auto,...

Universität = öffentlich finanziert und bereitgestellt

Vorlesung (teilweise öffentliches Gut)

... bei allem, was man tut, spielen staatliche Entscheidungen
und Regelungen eine Rolle.

Was ist der Staat?

schwer abzugrenzen

wandelndes Verständnis von der Rolle des Staates

unterschiedliche Vorstellung der Rolle des Staates

Elementare Merkmale des Staates (in der Demokratie)

1. **Zwang:** Der Staat ist die einzige Institution, die wirtschaftlichen Zwang ausüben kann. Der Staat kann die Individuen zwingen, etwas zu tun, während private Interaktionen auf Freiwilligkeit basieren.
2. **Verantwortlichkeit:** Zwar kann der Staat Zwang ausüben, der Zwang wird aber begrenzt durch Verfassung (und Gesetze). Weiterhin müssen sich die Staatsvertreter gegenüber den Wählern verantworten.
3. **Kollektive Entscheidungsfindung:** Staatliches Handeln ist Resultat kollektiver Entscheidungsfindung
(aber: Wessen Präferenzen/Interessen sind es, die dem staatlichen Handeln zugrunde liegen: allgemeinnützige, partikularische, individuelle?)

1.3. Der Umfang der Staatstätigkeit

Staatsquote

Staatsausgaben in % des BIP

	1970	2003
Belgien	36,5	49,7
Dänemark	40,2	56,6
Deutschland	38,7	49,4
Finnland	31,3	51,0
Frankreich	38,9	54,4
Griechenland	22,1	46,7
Großbritannien	39,3	42,8
Irland	39,6	35,2
Italien	34,2	48,5
Luxemburg	23,1	46,6
Niederlande	46,0	48,6
Österreich	37,6	51,6
Portugal	21,6	46,8
Schweden	43,7	59,0
Spanien	22,2	39,3
Japan	19,4	38,3
Schweiz	21,3	30,6 ¹
USA	32,3	35,9

Quelle: OECD nach IW 2004, eigene Berechnungen

¹ 2000

Steuerquote im internationalen Vergleich ¹

	1970	1980	1990	2000	2003 ²
Belgien	24,8	30,2	28,8	31,6	31,3
Dänemark	37,7	43,2	45,7	47,3	47,3
Deutschland ³	22,5	24,6	22,3	23,0	21,5
Finnland	29,1	27,8	33,0	35,9	32,9
Frankreich	21,7	23,3	24,0	29,0	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	26,4	-
Großbritannien	31,9	29,3	30,3	31,1	28,9
Irland	26,4	26,9	28,5	27,9	25,5
Italien	16,2	18,9	26,1	30,8	30,5
Luxemburg	19,1	29,1	29,7	31,3	30,1
Niederlande	23,1	27,0	26,9	25,3	24,7
Österreich	25,8	27,5	27,2	28,6	28,4
Portugal	14,7	17,0	21,3	25,5	-
Schweden	32,8	33,6	38,7	39,0	36,1
Spanien	10,2	11,9	21,4	22,9	23,2
Japan	15,2	18,0	21,4	17,2	-
Schweiz	16,7	19,5	19,9	23,1	22,2
USA	22,7	20,6	20,5	23,0	18,6

¹ nach OECD-Abgrenzung

² vorläufig

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer

Quelle: OECD-Revenue Statistics nach BMF, 2004

Aufkommen wichtiger Steuern 2002

	Mrd. €	in % des Steuer- aufkommens
Steuereinnahmen insgesamt	441,7	100
Direkte Steuern	212,0	48,0
Einkommen- und Körperschaftst.	165,1	37,4
darunter:		
Lohnsteuer/veranlagte ESt	139,7	31,6
Körperschaftsteuer	2,9	0,6
Zinsabschlagsteuer	8,5	1,9
Kapitalertragsteuer	14,0	3,2
Vermögensteuer	0,2	0,1
Gewerbsteuer	23,5	5,3
Grundsteuer	9,3	2,1
Indirekte Steuern	229,7	52,0
Umsatzsteuer	138,2	31,3
darunter:		
Mehrwertsteuer	105,5	23,9
Einfuhrumsatzsteuer	32,7	7,4
Mineralölsteuer	42,2	9,6
Tabaksteuer	13,8	3,1
Kfz-Steuer	7,6	1,7
Biersteuer	0,8	0,2
Branntweinsteuer	2,1	0,5
Versicherungsteuer	8,3	1,9
Kaffeesteuer	1,1	0,2

Quelle: BMF, IW 2004

Abgabenquote im internationalen Vergleich ¹

	1970	1980	1990	2000	2003 ²
Belgien	34,8	42,4	43,2	45,7	45,8
Dänemark	39,2	43,9	47,1	49,6	49,0
Deutschland ³	32,3	37,5	35,7	37,8	36,2
Finnland	32,0	36,2	44,3	48,0	44,9
Frankreich	34,1	40,6	43,0	45,2	44,2
Griechenland	22,4	24,2	29,3	38,2	-
Großbritannien	37,0	35,2	36,5	37,4	35,3
Irland	28,8	31,4	33,5	32,2	30,0
Italien	26,1	30,4	38,9	43,2	43,4
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	40,2	41,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,2	38,8
Österreich	34,6	39,8	40,4	43,4	43,0
Portugal	19,4	24,1	29,2	36,4	-
Schweden	38,5	47,3	53,2	53,8	50,8
Spanien	16,3	23,1	33,2	35,2	35,8
Japan	19,6	25,3	30,2	27,1	-
Schweiz	21,8	28,0	26,0	30,5	29,8
USA	27,0	26,4	27,3	29,9	25,4

¹ nach OECD-Abgrenzung

² vorläufig

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer

Quelle: OECD-Revenue Statistics nach BMF, 2004

Sozialbudget ¹

	1970 ²	2000 ³
Sozialausgaben (Mrd. €)		
insgesamt ⁴	86,5	645,7
darunter:		
Rentenversicherung	26,5	217,4
Krankenversicherung	12,9	132,0
Pflegeversicherung	.	16,7
Arbeitslosenversicherung	1,8	64,8
Sozialhilfe	1,7	25,7
Sozialquote ⁵	25,1	31,9

¹ ohne Zahlungen der sozialen Einrichtungen untereinander

² nur West

³ vorläufig

⁴ ohne Beiträge des Staates

⁵ Sozialausgaben in Prozent des BIP

Ursprungsdaten: BMGS nach IW, 2004

Gesetze und Theorien zum Umfang der Staatstätigkeit

Wagnersches Gesetz (Adolf Wagner, 1883)

Das Staatsausgabenwachstum ist höher als das Wachstum des Sozialprodukts.

Fiskalische Fiktion

Wähler sind nicht in der Lage, die steuerlichen Konsequenzen hoher Staatsausgaben zu durchschauen und wählen Regierungen, die teure Ausgabenprogramme verfolgen. Damit verbunden ist die Sicht, dass Regierungen Steuersysteme bewusst komplex gestalten, um die tatsächliche Last der Besteuerung zu verschleiern.

Staatliche Leistungen = superiore Güter

Nachfrage steigt schneller als das Einkommen.

Urbanisierung

Urbanisierung führt zu größerer Nachfrage nach öffentlichen Gütern.

Baumol-Effekt

Relativpreise für Dienstleistungen steigen, weil der arbeitssparende technische Fortschritt im Dienstleistungsgewerbe geringer ist als im produzierenden Gewerbe. Wenn die Nachfrage nach Dienstleistungen hinreichend unelastisch ist, bedeutet dies, dass der Anteil der Ausgaben für Dienstleistungen am Einkommen zunimmt. → Ausgaben für staatliche Dienstleistungen steigen schneller als das Einkommen.

Demokratisierung

In den letzten 150 Jahren wurde nach und nach immer weiteren Bevölkerungsteilen das Wahlrecht gegeben (d.h. nach und nach immer ärmeren Bevölkerungsteilen das Wahlrecht gegeben) → das Durchschnittseinkommen der Wähler fiel beständig und damit das öffentliche Interesse an Umverteilung.

Demographischer Wandel

Alterung der Bevölkerung führt zu einer Zunahme der Ausgaben für Alterssicherung, Krankheitsvorsorge und Linderung von Altersarmut.